

Illustrierte Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 326.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1908.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 15. Juli 1908.

Druck-Verlag in Halle a. S. Druckerei des Verlagsbesizers. Verlagsbesizer: Dr. Otto v. Heumann in Halle a. S. Druck-Verlag in Halle a. S. Druckerei des Verlagsbesizers. Verlagsbesizer: Dr. Otto v. Heumann in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingangstr. 15. Druck-Verlag in Halle a. S. Druckerei des Verlagsbesizers. Verlagsbesizer: Dr. Otto v. Heumann in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Brandenburgstr. 8. Telefon-Nr. 1114. Druck-Verlag in Halle a. S. Druckerei des Verlagsbesizers. Verlagsbesizer: Dr. Otto v. Heumann in Halle a. S.

Italien und der Pontifikatswechsel.

Wohl eine lange gemeinsame Geschichte und der nimmer bereits 20 Jahre bestehende Dreihand das Deutsche Reich mit den Päpsten verbindet, ist es einer Betrachtung wert, welchen Einfluss etwa ein Pontifikatswechsel auf die politischen Verhältnisse des Königreichs Italien ausüben vermöge. Was in dieser Beziehung für Italien möglich ist, wenn wiederum eine Kampfsituation auf den Italienern eintritt, ist nicht abzusehen. Allgemein hofft und wünscht man in Italien aber, daß der neue Papst gegenüber dem Nationalstaat eine verständlichere Stellung einnehmen wird. Aber auch in diesem Falle wird es voraussichtlich ganz in denselben Bahnen, die Leo XIII. gewandelt ist, nicht bleiben, schon deshalb nicht, weil sich in dem Vierzehnjahrhundert unter Leo XIII. die Dinge gegen früher wesentlich verändert haben.

Als der Begründer der Einheit Italiens, Cavour, zum Sterben kam, rief er dem ihm die Wölftrolle erziehenden Priester als ein Programm für die Zukunft die Worte zu: „Vater, freie Kirche in freier Staat.“ Das ist dann auch bei den Nachfolgern Cavour das wichtigste Programm geblieben bis auf den heutigen Tag. Das Garantiegesetz des italienischen Staates vom 31. Mai 1871 erkennt die Souveränität des Papstes als Oberhaupt der katholischen Kirche an, schließt seine Unverletzlichkeit, spricht ihm Ehrenbezeugungen wie einem regierenden Fürsten zu, räumt sogar den Kardinalen den Vortritt vor den obersten Würdenträgern des Staates ein. Auf eine finanzielle Dotation im Betrage von 3 1/2 Millionen Lire, die das Garantiegesetz gleichfalls dem Papste ausweist, haben Pius IX. und Leo XIII. verzichtet, nicht so auf die zum Schutz des päpstlichen Souveränitäts ihm zugewandene Stellung von Truppen. Die weltliche Unterwerfung und des kirchlichen Vereinswesens. Mit diesem Entgegenkommen des italienischen Einheitsstaates gegenüber dem Genossen des früheren Kirchenstaates glauben die Nachfolger Cavour, die Kirche verständlich zu stimmen. Das war ein Irrtum. Die Kirche nahm ohne Dank die sämtlichen Freiheiten, die einen geistlichen Kirchenstaat noch bestehen ließen, hin hielt ihren Protest gegen die Einverleibung des weltlichen Kirchenstaates bis auf den heutigen Tag aufrecht, entfaltete aber gleichzeitig eine ungeheure rege Tätigkeit im Interesse des „Eingehens in Italien“. Heute steht in Italien eine sehr einflussreiche Organisation von Papste herab bis zum letzten Reichsmitglied des Königreichs Italien feindlich gegenüber. Eine ungeheure rührige Presse und vor allem ein bis in die kleinsten Ortschaften hinein organisiertes Vereins-, Kongress-, und Versammlungsleben halten die Fission aufrecht, daß der Papst der eigentliche König Roms und Viktor Emanuel III. nur ein Hüter sei. Das haben die brausensten Redner und das taufenstimmige Evviva im papare, das in den letzten Jahren regelmäßig in der Peterskirche erschalle, wenn Leo XIII. sich dort zeigte, bewiesen. Bedenkt man, daß der italienische Staat bei seinen 32 Millionen Einwohnern nur etwa über 100 000 Soldaten aufstellen darf, so kann man sich auch das Agitationsgebiet dieser päpstlichen Organisation nicht groß genug vorstellen. Zwar haben Kirche, Klerus und die Wortführer ihrer Organisation leben, der neuen Zustände als gegeben betrachtet und sich als Anhänger der kaiserlichen Partei betrachtet. Welche Massen aber der Bevölkerung das heute noch nicht tun, zeigen die Parlamentswahlen. Die Kirche verbietet noch heute ihren Anhängern die Ausübung des Wahlrechts zum italienischen Parlament. Die Folge davon ist, daß noch nicht 60 Prozent der gesamten Zahl der eingeschriebenen Wähler sich an der Wahl beteiligen. Rednet man bei dem Stande der italienischen Wahl, daß etwa 10 Prozent in absehbarer Zeit überhaupt zur Wahl nicht fähig oder nicht willens sind, so ist immerhin noch die liberale Partei Italiens halb so stark wie die kaiserliche.

Was aber dürfte geschehen, wenn allein hierin das neue Pontifikat einen Wandel eintreten ließe? Der neue Papst brauchte nur die Wahl zum italienischen Parlament zu gestalten, seinen Klerus für die Wahl päpstlicher Kandidaten in Funktion zu stellen, und halb Italien würde päpstliche Kandidaten wählen. Italien hätte dann mit einem Schläge eine Zentrumspartei, mächtiger als die des Deutschen Reiches. Die Politik, die das heutige Zentrum verfolgt, verfolgt die päpstliche Partei in Italien schon lange. Auch in Deutschland sind die päpstlichen Enghirten über die soziale Frage nicht zurückgeblieben, in Italien aber haben sie eine soziale Organisation und soziale Bestrebungen nachgeahmt, die der italienischen Staatsregierung ganz ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. Gerade in diesem Punkte ist ersichtlich, wie sehr das Papsttum durch die Imputation des Kirchenstaates gewonnen hat. Weil nicht mehr päpstliche Steuererheber, päpstliche Polizei und päpstliche Regierungsbeamte dem Volk gegenüber treten, weil nicht mehr die zu allen Zeiten niemals unordentliche päpstliche Verwaltung den Leuten vor Augen tritt, wirkt man das ganze Volk von Unzufriedenheit gegen den italienischen Staat und betrachtet den Papst als eine Art von idealem Souverän. Auch der neue Papst wird schwerlich auf den Protest gegen die Einverleibung des Kirchenstaates verzichten, er wird die Fission eines weltlichen Souveränitäts aufrecht erhalten, aber vielleicht doch den gegebenen Umständen insoweit Rechnung tragen, daß

er zu einem freundlicheren Verhältnis gegenüber den „Patrioten“ kommt. Daraus gerade liegt das Kritische der neuen Papstwahl für den italienischen Nationalstaat. Ein Weisheits auf dem Stuhl Petri ist, wie die in Glaubenssachen ganz anders als wir denkenden Italiener einmal sind, lange nicht so gefährlich, wie ein kluger, den nationalen Wünschen Italiens entgegenkommender Papst. Seit 400 Jahren sind nur Italiener zu Päpsten gewählt, und es gibt sehr viele Staatsbürger, die deshalb auch heute noch — wir werden darüber noch sehen — Italien für das erste Kulturvolk der Welt halten, aber seit dem Tode Savonarras VI. hat diese Herrschaft italienischer Päpste das Land immer in einem Ansehen mit seinen nationalen Aspirationen gehalten. Sogar Pius IX. war bis in seine letzten Lebensstage ein begeisterter Italiener. Als er einst mit dem Abt von Monte Cassino von den Feinden des Reiches aus auf der Engelsburg die italienische Tricolore wehen ließ, rief er, auf sie blickend, aus: „Wie lieben wir beide doch diese Fahne!“ In dieser Liebe des päpstlichen Italiens für das Land und in der Dienstbarhaftung des nationalen Elements in der italienischen Geistlichkeit und ihrer Anhänger liegen die Gefahren des neuen Pontifikates für Italien und das Deutsche Reich.

Deutsches Reich.

Vall e. S., den 15. Juli.

* Zur Ausführung des Fleischbeschaugesetzes. Zur Verrichtung von Viehdiensten, die bei der Durchführung des Fleischbeschaugesetzes in Bezug auf die Einfuhr und Unterbringung ausländischer Fleischwaren vorzubereiten sind, haben die Minister der geistlichen und Angelegenheiten, des Landwirtschafts, des Innens und für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit dem Reichsanwalt folgendes angeordnet: 1. Fleisch aus Vut von Tieren gilt nach § 19 A. D. als Fleisch im Sinne des § 4 des Fleischbeschaugesetzes und kann demzufolge nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 A. D. nur in ganzen Tierkörpern in das Zollland eingeführt werden. Die getragenen Vut als zubereitete Fleischwaren sind § 12 Abs. 2 Nr. 2 A. D. angeordnet werden kann, ist jedoch nicht zulässig. Die übertriebene Ansicht der Sachverständigen geht indes dahin, daß auch stark gefalztes Vut die Eigenschaften des frischen Wintes im wesentlichen nicht verliert und deshalb den Grundregeln für die Einfuhr frischen Fleisches unterliegt. Selbst wenn jedoch gefalztes Vut dem zu bereiten Fleisch gleich gehalten wird, ergibt sich die Unzulässigkeit der Einfuhr daraus, daß nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 A. D. erforderlich gutefleischige Fleisch für die menschliche Gesundheit bei dem nicht in Verbindung mit ganzen Tierkörpern eingeführt wird unmöglich ist. Eine Unterbringung von Vut ist zwar theoretisch denkbar, aber praktisch unmöglich. Auch handels Galt ist ferner nicht geeignet, dem Wate von kranken Tieren die Gefährlichkeit für die menschliche Gesundheit zu nehmen. Aus diesen Gründen kann gefalztes Vut — abgesehen von dem Falle des § 17 A. D. (vergl. auch § 29 A. D.) — zur Einfuhr nicht zugelassen werden.

Bei dieser Gelegenheit ist hervorzuheben, daß nicht nur Vut, sondern auch alle anderen Teile von warmblütigen Tieren, sofern sie sich zum Genusse für Menschen eignen, in frischem Zustande nur insoweit einführbar sind, als sie sich in natürlichem Zusammenhange mit dem ganzen Tierkörper oder den Tierhäuten befinden. Dies gilt insbesondere auch für solche innere Organe, deren Verunreinigung nach § 6 A. D. nicht zwingend vorgeschrieben ist. Beispielsweise dürfen also frisches Herz oder frische Därme, die sich außer Zusammenhang mit einem Tierkörper befinden, zur Einfuhr nicht zugelassen werden und zwar auch dann nicht, wenn sie zugleich mit den Tierkörpern, von denen sie abgelöst herkönnen, der Unterbringungszwecke zugewandt werden.

2. Die Einfuhr durchgehörter Lebern, insbesondere von Schweinelebern, ist bisher über eine Reihe von Untersuchungsstellen zugelassen worden, selbst wenn sie das für Viehfleisch in § 12 Abs. 2 Nr. 2 A. D. vorgeschriebene Mindestgewicht von 4 Kilogramm nicht erreichen. Die Feststellung, daß diese Mindestgewichtsziffer lediglich auf gewisses und nicht auch auf gefalztes Fleisch Anwendung zu finden hat, muß nach dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der angeführten Bestimmung als zutreffend angesehen werden. Gleichwohl erscheint die Zulassung solcher Lebern zur Einfuhr mit dem Fleischbeschaugesetz nicht vereinbar. Nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 A. D. darf aufgetretenes Fleisch nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit sich in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr feststellen läßt. Woher das eine noch das andere trifft für gefalztes Lebern zu. Denn auch das Leber, der Leber ist nicht alle tierischen oder pflanzlichen Stoffeinträge ungeschädlich zu machen; krankhafte Einlagerungen werden durch das Kochen aus den Lebern nicht entfernt, krankhaft veränderte Lebern behalten also auch bei noch so gründlicher Durchfischung die Eigenschaften eines bodenartig verunreinigten, stehenden Biers zurück. Unterbreits ist das Kochen der Lebern mehr als jedes sonstige Zubereitungsverfahren geeignet, eine krankhafte Beschaffenheit dieses Organs zu beseitigen; vor allem werden frische ungeschädliche Einlagerungen, in früherer Erwähnung befindliche Schmolotten und Gyltären usw., durch das Kochen beseitigt, weshalb sie entweder überhaupt nicht zu erkennen sind oder in einer die Unterbringung erforderlichen Weise unbedenklich werden.

Aus diesen und anderen Gründen ist eine zweckmäßige Unterbringung solcher Lebern unanschaffbar.

3. Die inneren Organe, namentlich vom Schweine, einzeln meist nicht des Gewichtes von 4 Kilogramm erreichen, hat sich an mehreren Untersuchungsstellen eine Einfuhr solcher Organe im Zusammenhange miteinander und mit verschiedenen sonstigen Tereilen in gepökeltem Zustande ergeben. Beispielsweise werden Kopfleber (Lunge usw.) des Schweines in Verbindung mit Bunge, Leber, Herz usw. eingeführt, um dadurch der Mindestgewichtsvorgabe in § 12 Abs. 2 Nr. 2 A. D. zu genügen.

Sofern die zusammengehörigen Teile tatsächlich zusammen mindestens 4 Kilogramm schwer sind und ferner durch die in § 12 A. D. vorgeschriebene Prüfung festgestellt wird, daß die Organe usw. auch in den inneren Schichten die Eigenschaften frischen Fleisches verloren haben, steht der Zulassung derselben unter der verbindlichen Feststellung zur weiteren Unterfischung und der günstigen Anstalt der Einfuhr nichts entgegen.

4. Die Bestellung ausländischer zubereiteter Fleisches erfolgt häufig nach Probe. Es gehen daher nicht selten in das Zollland Fleischwaren in kleinen Einheiten von unbedeutendem Gewicht ein. Durch eine den Ausfuhrbestimmungen des Bundesrats genau entsprechende Unterfischung derartiger Fleischwaren würde gewöhnlich der größere Teil des Fleisches verbraucht werden, die Meisten eine solchen Unterfischung würden auch in seinem Verhältnis zu dem Werte stehen, endlich erscheint eine Unterfischung in allen Fällen und in vollem Umfang aus gesamtstaatlichen Gründen nicht erforderlich, weil die Probe regelmäßig nicht zum Genusse für Menschen verwendet werden. Die chemische Unterfischung von Fleischproben bis zum Gewichte von etwa 1 Kilogramm kann daher für gewöhnlich unterbleiben und ist, falls solche Fälle zu bestehen, in denen die Beschaffenheit der Probe bei der Überprüfung auf besonderem Verdacht Anlaß gibt, ohne daß doch bereits auf Grund dieser Überprüfung eine Zurückweisung des Fleisches ausgesprochen wird (vergl. § 21 Abs. 1 Nr. 3 A. D.).

5. In § 1 Abs. 1 Nr. 2 A. D. gelten Fleischproben bis auf weiteres nicht als Fleisch, unterliegen daher auch nicht den Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und können ohne Interesse zur Einfuhr zugelassen werden.

In § 8 Abs. 7 Nr. 3 A. D. sind unter denjenigen Erzeugnissen aus Fleisch, die als Würste oder sonstige Genüsse aus zerhacktem Fleisch angefertigt sind und deshalb nach § 12 Abs. 1 A. D. von der Einfuhr ausgeschlossen sind, Fleischpulver und Fleischmehl (ausgenommen Fleischuntermehl) mit oder ohne Zusatz angeführt. Fleischpulver werden nun aus dem Ausland, teils in flüssiger oder halbstarrem Zustande, teils in gepulvertem Zustande eingeführt, in letzterem namentlich zum Zweck, um zur Herstellung von Fleischwaren für wissenschaftliche Zwecke mit Fleischextrakt zu verwenden zu werden. Im Hinblick auf die erwähnte Bestimmung in § 8 Abs. 7 Nr. 3 A. D. sind Zweifel darüber entstanden, ob fleischartige Substanzen zur Einfuhr zugelassen werden können.

Wie auf weiteres die zur Herstellung von Fleischwaren bestimmte Fleischpulver, auch wenn sie sich äußerlich als Fleischpulver darstellen, als Fleisch im Sinne des Fleischbeschaugesetzes nicht anzusehen und ohne Unterfischung zur Einfuhr zulassen.

6. Es ist festzustellen, daß in eingeführtem Fleische Parasiten vorhanden sind, von der nach Lage der Sache angenommen werden konnte, daß dies nicht absichtlich zur Verfälschung der Fleischwaren angebracht worden, sondern nur zufällig, § 8 Abs. 7 Nr. 3 A. D. aus dem Verpackungsmaterial, das früher zum Versand hochhaltiger Waren benutzt worden war, in das Fleisch übergegangen war. Im Hinblick darauf, daß nach der Vorschrift des § 21 Nr. 3 A. D. und der dazu vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen die Einfuhr von hochhaltigen Fleischen schlechthin als verboten zu erachten ist, kann derartige Fleisch nicht zur Einfuhr zugelassen werden, ist vielmehr von der Einfuhr zurückzuweisen.

* Reform des kaiserlichen Landtagswahlrechts. Das „Dresdner Journ.“ schreibt in einem Artikel über die Zusammenlegung der zweiten Kammer, das Ministerium des Innern habe nach Schluss des letzten Landtages Erhebungen über diese Frage veranstaltet, die nicht als durch das Gesetz vom 28. März 1896 ermöglichte Entscheidung angesehen werden. Das Ergebnis habe die Regierung in der Ansicht befestigt, daß das jetzige Wahlrecht die unbedenkliche Wirkung gehabt hat, den Einfluss der in der dritten Wahlklasse gewählten Wahlmänner auf die Wahl der Abgeordneten auf ein den Grundregeln der Gerechtigkeit nicht entsprechendes Maß herabzudrücken. Die Regierung habe daher die Reform des Landtagswahlrechts ernstlich ins Auge gefasst und beachte sich hierzu angelehnt der außerordentlichen Schmierigkeiten dieser Aufgabe des Reichsrates einer Ende August oder Anfang September einberufenden Versammlung zu bedienen, in der namentlich auf diesem Gebiete erfahrene Mitglieder beider Ständeammern teilnehmen sollen. — Wir können dazu nur bemerken, daß Sachen jedenfalls in den Landtag aus lauter Sozialdemokraten wünscht, sonst würde man die benannten Bestimmungen kaum aufheben.

* Bebel's Erbschaft. Mit der neuesten Erbschaft des Herrn Bebel, die 400 000 M., die dem Führer der Entwürfen aus dem Nachlasse eines wegen geistiger Ertränkung für unzurechnungsfähig erklärten ehemaligen Leutnants Kollmann zufallen sollen, beschäftigen sich die Zeitungen noch immer, und mit Recht. Die sozialdemokratische Presse, die sonst Vermächtigter dieser Art nicht schonig unter die Lupe nehmen kann, hat hier darauf bestanden, festzustellen, daß die Zufälle des Vermächtigten richtig ist, und nun hinzugefügt, daß von Bebel Erbschaften nach etwaigen anderen Erben und deren Vermögenslage angelegt worden seien. Nun ist inzwischen festgestellt, daß näher berechnete Erben, lässliche Verwandte des Erblassers, zwei Brüder, eine Schwester und zwei Kinder einer verstorbenen Schwester vorhanden sind. Alles, was weiter bekannt geworden ist, läßt aber auch kaum einen Zweifel darüber bestehen, daß Kollmann, der Erblasser, auch damals, als er sein Testament aufstellte, mit Bebel mit der Hälfte seines Nachlasses bedachte, kann nach zurechnungsfähig gewesen sein kann. Wenn ein Offizier in kaiserlicher Armee erst abgelehnt hätte sich nach dem An den Führer der Sozialdemokratie, der geschworenen Feinde des Militärs und seiner Träger, gewendet, um für sich das Recht zum Erben der Uniform nach seiner Dienstleistung zu erwirken. Er hätte sich doch sagen müssen, daß er sich für eine

